

Schlussberichte 2018

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2020

Schlussberichte 2018 – Agenda

Von der Aufstellung bis zur Entlastung

Teile I bis III – Prüfung der Jahresabschlüsse 2018 der Kernverwaltung
und der Sondervermögen

Teil V – Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2018

Feststellungen zur Haushaltslage

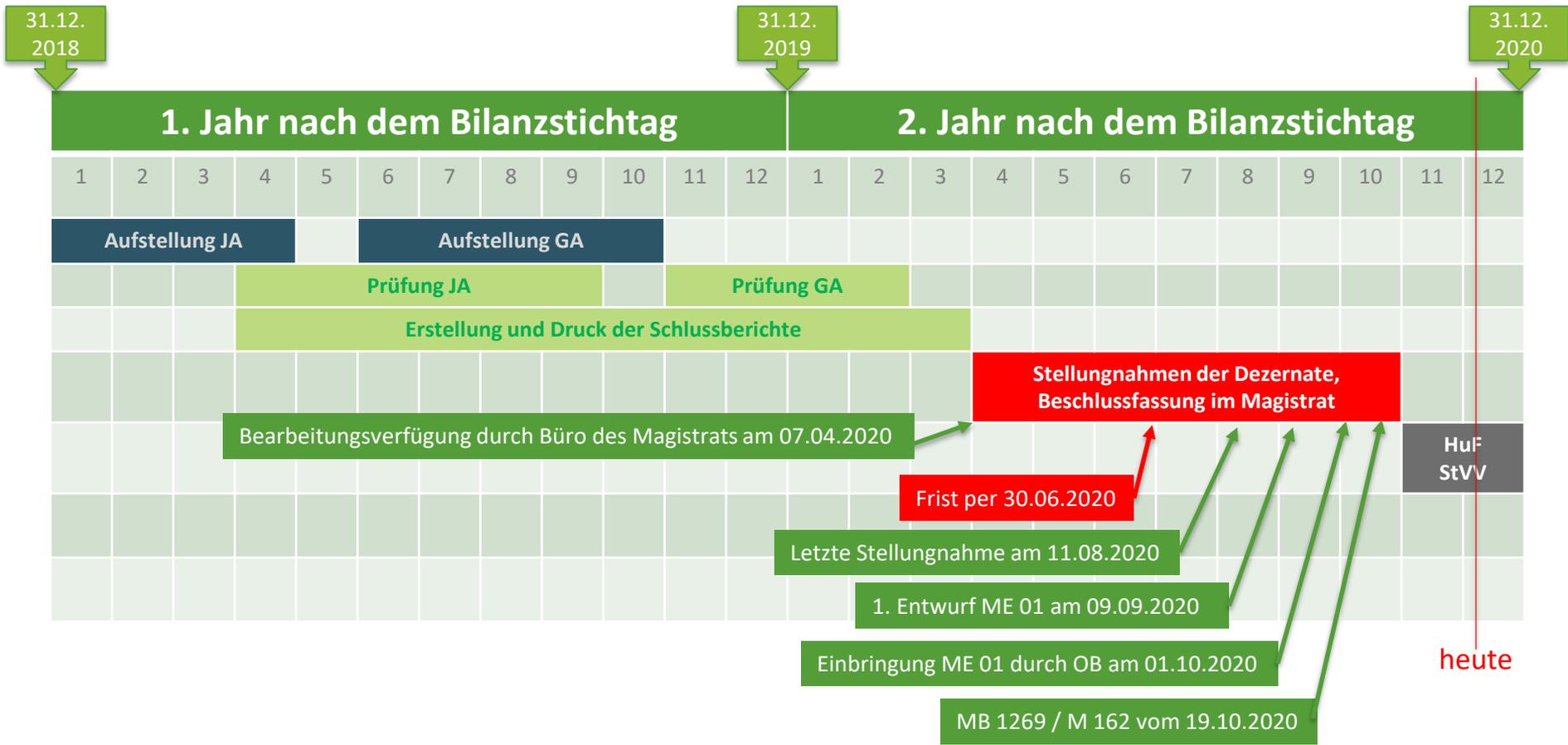
Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Stand der Entlastungsverfahren, Ausblick und Fazit

Schlussberichte 2018

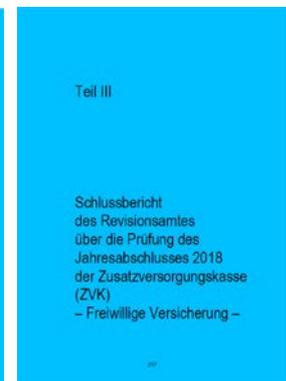
Von der Aufstellung bis zur Entlastung

Von der Aufstellung bis zur Entlastung



Von der Aufstellung bis zur Entlastung

- Rechtlicher Rahmen:
 - Nach Hinweis Nr. 1 zu § 114 HGO sind die in § 113 HGO genannten Unterlagen der StVV rechtzeitig vorzulegen, damit ihr für die Beratung darüber zur Vorbereitung des Entlastungsbeschlusses ein ausreichender Zeitraum zur Verfügung steht.
 - Nach Hinweis Nr. 3 zu § 113 HGO kann der Magistrat zu den im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes getroffenen Feststellungen eine Stellungnahme verfassen und der StVV vorlegen.
- JA, GA und SB wurden jeweils zeitnah der StVV zur Kenntnisnahme vorgelegt
- **Stellungnahmeprozess dauert sehr lange und ist sehr zeitintensiv**
- M-Vortrag ([M 162](#) vom 19.10.2020) über Feststellung der Abschlüsse und Entlastung des Magistrats liegt sehr spät vor
- Stellungnahme des Magistrats zu den SB 2018 ist in weiten Teilen eine Stellungnahme der Dezernate, bzw. teilweise gar nur einzelner Ämter
- Stellungnahme teilweise mit Widersprüchen (Dezernate verschiedener Auffassung)
- Wünschenswert ist eine im Magistrat **abgestimmte Stellungnahme**, die im vorgesehenen **Zeitplan** erstellt wird



Schlussberichte 2018

Teile I bis III – Prüfung der Jahresabschlüsse der Kernverwaltung und der Sondervermögen

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- 12. Jahresabschluss nach der Eröffnungsbilanz
- **Aufstellungsfrist** formell leicht überschritten (M 64 vom 03.05.2019) 🙌
- **Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen** ➡ in Höhe von rd. 18 Mio. € (Vj.: 27 Mio. €) 🙌
- **Budgetüberträge** von 2018 auf 2019 bestimmungskonform gebildet 👍
 - Ergebnishaushalt: ➡ von 203 Mio. € auf 172 Mio. € (-31 Mio. € / -15 %) 🙌
 - Finanzhaushalt: ➡ von 761 auf 734 Mio. € (-23 Mio. € / -3 %) 🙌
- Entwicklung des Ergebnishaushalts: Trotz wachsender Stadt **gezielte Steuerung** der Aufwendungen und Investitionen erforderlich!
- IPG-Ausführung belastet künftige Ergebnishaushalte (Abschreibungen)!

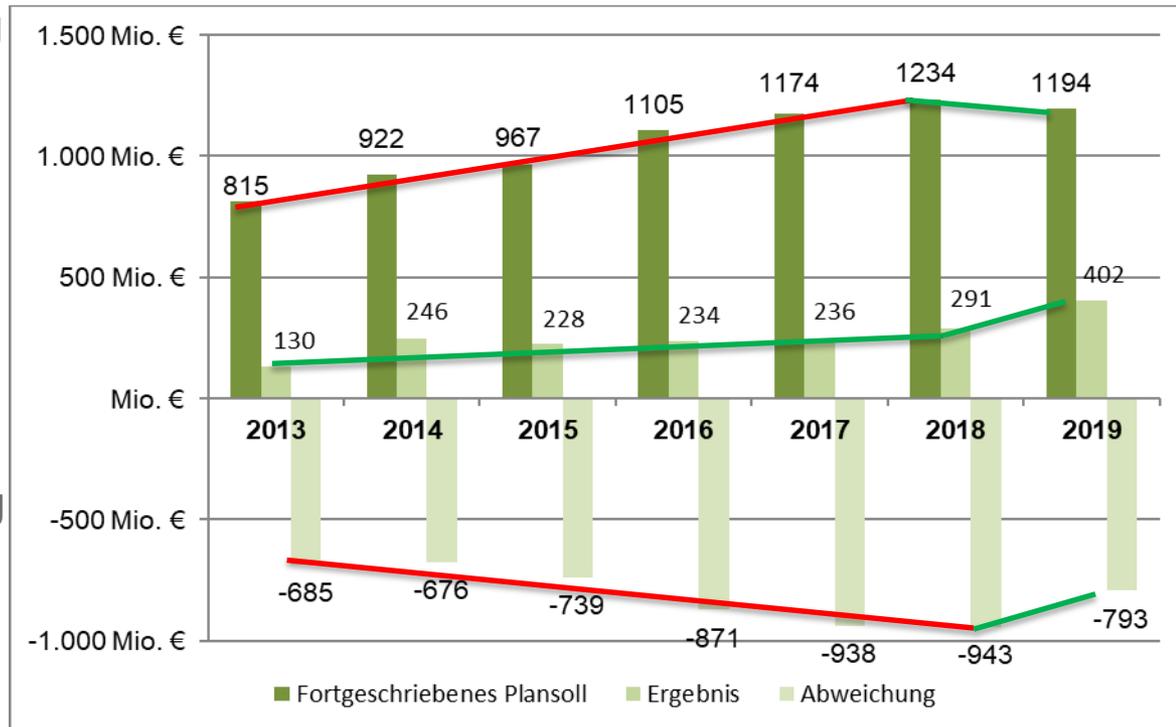


Schlussberichte 2017 – Teil I, Grafik 6-8 (S. 54) und Grafik 6-10 (S. 56)

Jahresabschluss der Kernverwaltung

■ Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeit 📌

- in **2018** abermals Anstieg der Abweichung; Rückgang in 2019
- **Planung** zu optimistisch bzw. **Umsetzung** bleibt hinter Planung zurück!
- Anpassung der Planung an das **Leistbare** bei Ausbau bzw. **Optimierung** der Kapazitäten!



Schlussberichte 2018 – Teil I, Grafik 6-13 (S. 71), erweitert um 2019!

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Ausführungen zum **Stand der Aufgabenerfüllung** 🖱
 - wie in den Vorjahren zum Teil noch unpräzise
 - resultiert aus unvollständigen Angaben im Produkthaushalt
 - Darstellung anvisierter Ziele nach § 4 Abs. 2 Satz 5 und § 10 Abs. 3 GemHVO sind Kernbestandteil des kommunalen Haushaltsrechts!
- Ausstehende **Freigabeempfehlung für SAP** 🖱
- stadtweites **Risikofrüherkennungs- bzw. -managementsystem** ist nicht eingerichtet → Vollständigkeit der Angaben im Risikobericht? 🖱
- Vereinzelte, wesentlichen Beanstandungen, insbesondere auf Grund **mangelhafter Prozesse im investiven Bereich** (siehe Umbuchungsliste in **Anlage 1** zum **Teil I** der Schlussberichte 2018) 🖱

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- **fehlende Rückstellung** für Lebensarbeitszeitkonten (LAK) 👉
 - Einführung von LAK ab 01.01.2007 wirtschaftlich mit der ATZ vergleichbar
 - Pflichtrückstellung nach § 39 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO
 - Bewertung des Stundenüberhangs
 - mittlere Jahresbeträge je Besoldungsgruppe
 - Jahresarbeitszeit gem. KGSt-Veröffentlichung
 - **fehlende Aufwendungen** in der Ergebnisrechnung von **31,3 Mio. €**
- **nicht aktivierungsfähige Kosten** für die Gründungsebene „Dom-Römer“ 👉
 - **fehlende Aufwendungen** in der Ergebnisrechnung von **5,2 Mio. €**
- **versäumte Auflösung des Sonderposten** für SEM Riedberg 🙅
 - Sonderposten zum 01.07.2016: 156,6 Mio. €
 - **fehlende Erträge** in der Ergebnisrechnung von **29,8 Mio. €**
- **nicht zugeordnete Zahlungseingänge** aus Miet- und Pachtverträgen 🙅
 - mangelhafte debitorische Prozesse im ABI
 - **fehlende Erträge** in der Ergebnisrechnung von **2,1 Mio. €**

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Nach unseren Prüfungsfeststellungen hätte sich ein um **8,0 Mio. € schlechteres Jahresergebnis** (Saldo aus **41,1 Mio. € fehlenden Aufwendungen** und **33,1 Mio. € fehlenden Erträgen!**) ergeben 
(siehe korrigierter JA in **Anlage 2** zum **Teil I** der Schlussberichte 2018)
- weiterhin kein (IT-gestütztes) Vertragsmanagementsystem eingerichtet: **unvollständige Angaben im Anhang nicht auszuschließen** 
- **Jahresabschluss 2018** stellt dennoch insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Frankfurt am Main dar 
- **Lage- und Rechenschaftsbericht 2018** vermittelt insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Haushaltswirtschaft in 2018 und der Lage der Stadt unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben 
- → **sehr hohe Erwartungen an die begonnenen Reformprojekte!!**

Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Die Prüfungsfeststellungen haben keinen Anhalt dafür ergeben, dass die **Haushaltsführung insgesamt** nicht geordnet war.
- Gleichwohl sind die **für den Einzelfall**, aber auch darüber hinaus **bedeutsamen Prüfungsfeststellungen** hervorzuheben. Sie sollten zum Anlass genommen werden, Beanstandungen auszuräumen bzw. Vorkehrungen gegen Wiederholungen von fehlerhaftem Verwaltungshandeln zu treffen.
- Mit dieser Prüfungsbestätigung ist die **Erwartung** verbunden, dass die **notwendigen Korrekturen und Ergänzungen im Rahmen des Haushaltsvollzugs** mit den künftigen Abschlüssen **vorgenommen werden**.
- Es bestehen unter diesen **Prämissen** keine Bedenken, den Jahresabschluss festzustellen und dem Magistrat die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018 gemäß § 114 HGO auszusprechen.

Jahresabschlüsse der Sondervermögen

- Sonderhaushalt „Gemeindliche Bestattungshilfe Bergen-Enkheim“ zum 01.01.2018 in PG 98.05 Zentrale Finanzleistungen überführt 
- Prüfung der zwei Jahresabschlüsse 2018 von
 - ZVK – Pflichtversicherung,
 - ZVK – Freiwillige Versicherung und ohne Beanstandungen 
- Die **Jahresabschlüsse 2018 der ZVK** stellen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der zwei Sondervermögen dar 
- Die **Lage- und Rechenschaftsberichte** vermitteln eine zutreffende Vorstellung von der jeweiligen Lage 
- **Entlastungsempfehlungen** wie für die Kernverwaltung
- **Ab JA 2019:** Formell ein Sondervermögen mit 2 Abrechnungsverbänden; ein Konsolidierter Abschluss mit separaten Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen pro Abrechnungsverband ([§ 5502](#) vom 26.03.2020)



Teil V

Schlussbericht
des Revisionsamtes
über die Prüfung des
Konsolidierten Gesamtab-
schlusses 2018
der Stadt Frankfurt am Main

Schlussberichte 2018

Teil V – Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2018

Konsolidierter Gesamtabschluss

- **Aufstellung** erfolgte nicht fristgemäß (M 179 vom 01.11.2019) 🖱
- Ausstehende **Freigabeempfehlung für SAP** betrifft auch den Konsolidierten Gesamtabchluss 🖱
- **Gesamtabschlussrichtlinie** in 2019 vom Magistrat beschlossen 🖱
- **Konsolidierungskreis** ist vollständig 👍
- **Konsolidierungsmaßnahmen** sind richtig erfolgt 👍
- **Anhang** enthält die vorgeschriebenen Erläuterungen 👍
- **fehlendes Vertragsmanagementsystem** betrifft auch den Konsolidierten Gesamtabchluss 🖱
- Die **Übersichten** erfüllen die gesetzlichen Vorgaben 👍
- Darstellungen zum **Stand der Aufgabenerfüllung** und der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sollte durch SOLL-IST-Vergleiche bei den anderen Aufgabenträgern erhöht werden 🖱

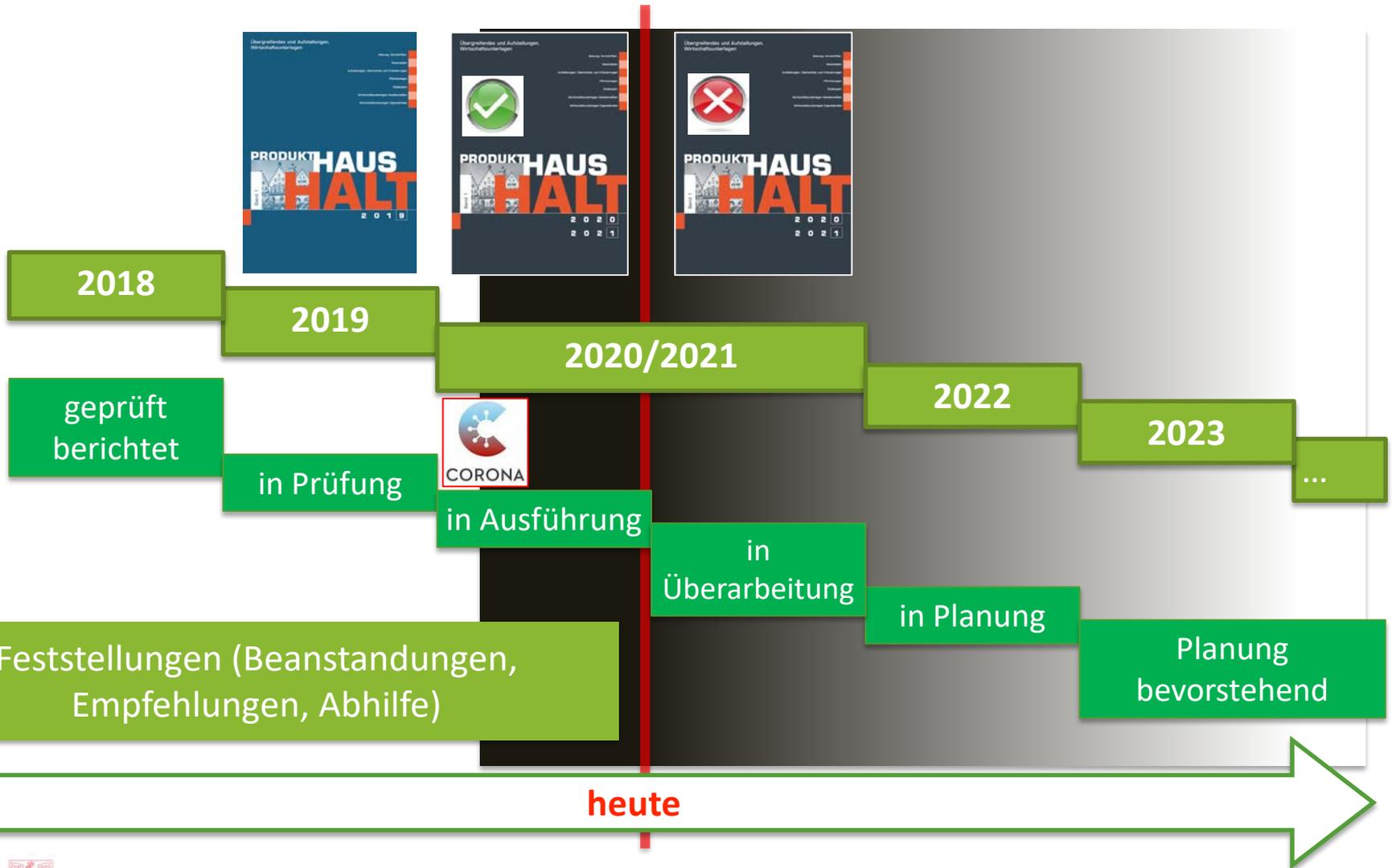
Konsolidierter Gesamtabschluss

- Unsere Prüfung hat insgesamt zu **keinen Einwänden** geführt.
- Nach unserer Beurteilung vermittelt der **Konsolidierte Gesamtabschluss 2018** ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“.
- Der **Konsolidierte Lage- und Rechenschaftsbericht 2018** vermittelt ein zutreffendes Bild von der Lage des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Stadt zutreffend dar.
- Es bestehen **keine Bedenken**, über den Konsolidierten Gesamtabchluss 2018 gemäß § 114 HGO beschlusszufassen.

Schlussberichte 2018

Feststellungen zur Haushaltslage

Feststellungen zur Haushaltslage



Feststellungen zur Haushaltslage

- **Allgemeine Beobachtungen**
 - Haushalte bisher schon **chronisch defizitär**
 - nach **-27,8 Mio. € Jahresergebnis** 2018 sodann **-100,7 Mio. €** für 2019
 - Corona-Krise führt zu **Ertrags-/Einzahlungsausfällen** bei gleichzeitiger **Ausweitung der Aufwendungen/Auszahlungen** (Kosten)
 - **Doppelhaushalt** 2020/2021 hat **nur für 2020 Rechtskraft** erlangt
 - **Hilfen des Bundes und des Landes** für 2020 lösen das Problem nicht
- **Beschlüsse** des Magistrats stehen noch aus zu:
 - Haushaltsvollzug 2020
 - Erarbeiten von Konsolidierungsvorschlägen für den Haushalt 2021
 - Umsetzung dringend erforderlicher Reformprojekte
- Kommunalwahl im März 2021 steht vor der Tür
- weitere Entwicklung der Wirtschaft kaum absehbar
- **Planungsmittel vs. voraussichtliche Gesamtkosten** (nächste Folie)

Feststellungen zur Haushaltslage

■ Planungsmittel“ vs. „voraussichtliche Gesamtkosten“ [Tz. 6.3.5.2, S. 73]

- 80 Maßnahmen im IPG aus Produkthaushalt 2019 nach PG:

Produktgruppe		Planungs- mittel in Mio. €	voraussichtliche Gesamtkosten in Mio. €	Verhältnis in %
20.01	Schulbetriebsmanagement, pädagogische Aufgaben	44,0	775,9	5,7
16.11	Förderung ÖPNV	2,8	214,7	1,3
16.03	Verkehrsanlagen	8,3	116,9	7,1
13.01	Stadtplanung	8,8	49,2	17,9
12.01	Brandschutz	2,6	35,0	7,5
22.06	Oberirdische Gewässer	1,9	30,0	6,3
22.10	Friedhöfe, Bestattungen und Pietät	2,3	25,0	9,1
21.25	Museum für Moderne Kunst	0,5	22,4	2,2
20.03	Betrieb städtischer Kitas	0,5	9,0	5,5
22.09	Grün- und Freiflächen	2,3	8,5	27,1
21.15	Sportstätten und Sportstättenvergabe	0,5	7,0	7,5
18.01	Leistungen des Jugend- und Sozialamtes	0,2	5,1	3,4
21.14	Sporthallen	0,5	5,0	10,0
21.05	Zoologischer Garten Frankfurt	0,2	2,3	8,0
Summe		75,4	1.306,0	5,8

- weitere Maßnahmen im IPG enthalten, bei denen derzeit **nur Planungsmittel**, aber noch **keine Gesamtkosten** genannt sind
- **weitere** (teilweise neue) **Projekte**: RTW, Nordmainische S-Bahn, Städtisch Bühnen, Einhausung A661, Sanierung Paulskirche, U4-Lückenschluss, ...

Feststellungen zur Haushaltslage

■ Risikofaktor „Pensionslasten“ [Tz. 6.3.5.5, S. 76 f. und Tz. 7.]

• Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (P.3.1)

○ Beamtenpensionen	1.152,2 Mio. €	+541,2 Mio. €	=	1.693,4 Mio. €
○ Beihilfeverpflichtungen	282,8 Mio. €	+160,7 Mio. €	=	443,4 Mio. €
○ Altersteilzeitverpflichtungen	2,2 Mio. €		=	2,2 Mio. €
○ Versorgungsrücklage	65,3 Mio. €		=	65,3 Mio. €

1.502,5 Mio. € **+701,9 Mio. €** = 2.204,4 Mio. €

- Erfüllungsrückstand (Unterbewertung der Passiva) resultiert aus dem gem. GemHVO anzuwendenden Diskontierungsfaktor (6,0 % bzw. 5,5 % statt 3,21 % bzw. 2,32 % gem. Handelsrecht)
- baldiger Pensionseintritt der „Babyboomer-Jahrgänge“ (1955–1969)
- Wiederbesetzung der Stellen bei Ausweitung des Stellenplans
- → Personalaufwand bleibt und „doppelter“ Liquiditätsabfluss

Schlussberichte 2018

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

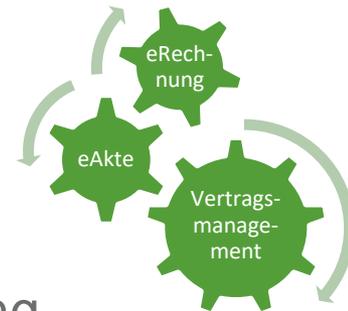
- Reformthemen werden nicht/nur zögerlich angegangen
- Reformprojekte dauern (zu) lange/werden nicht zu Ende geführt
- Vordringliche Reformthemen aus Sicht der Revision:
 - Zentralisierung des Rechnungswesens
 - Schaffung und Umsetzung **gesamtstädtische IT-Strategie** mit Teilstrategien (eAkte, finanzrelevante IT-Verfahren, etc.)
 - Bau- und Liegenschaftsmanagement (ABI)
- Kernproblem: **Dezentrale Ressourcenverantwortung**

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Zentralisierung des Rechnungswesens** [Tz. 7.1.2.5 d), S. 93]
 - Reformprojekt, 1. Phase (Organisationsuntersuchung) in 2019 durchgeführt und abgeschlossen; Projektbericht liegt vor
 - MB 798 vom 13.07.2020: „*Zukunftsfähigkeit des städtischen Rechnungswesens sicherstellen*“
 - Einführung von Qualitätskriterien für das städtische Rechnungswesen
 - Einrichtung einer zentralen Servicestelle im Dezernat Finanzen
 - Erarbeitung eines Konzeptes durch das POA mit Unterstützung durch Berater
 - Umsetzung **zeichnet sich bereits jetzt als langwierig ab** (2022)
 - insbesondere erforderlich für
 - Digitalisierung des Bestell- und Anordnungswesens
 - Ausrollen der elektronische Rechnungseingangsbearbeitung (eRechnung)
 - Umsetzung der Reform des Umsatzsteuerrechts (§ 2b UStG)
 - SAP-Umstellung auf S/4HANA

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Gesamtstädtische IT-Strategie** [Tz. 8.2.1, S. 197 ff.]
 - In 2018 (und bis jetzt!) verfügte die Stadt weiterhin über keine gesamtstädtische IT-Strategie!
 - kein ganzheitlicher Ansatz
 - digitale Projekte sind nicht aufeinander abgestimmt
 - keine Gesamtsteuerung
 - keine Hebung von Synergien (z. B. parallele Einführung verschiedener Vertrags- oder Dokumentenmanagementsysteme)
- Abweichendes Verständnis über eine „**Gesamtstädtische IT-Strategie**“ Magistrat (Dez. V) vs. Revisionsamt
- Stellungnahme des Magistrats zu unseren Aussagen im SB ([M 162](#) vom 19.10.2020) teilen wir insoweit nur eingeschränkt (nächste Folie):



Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Gesamtstädtische IT-Strategie – ganzheitlich

Teilstrategie	eGovernment	Weitere Themen	„IT-Strategie“
Zielrichtung	Bürger - Stadt	Verwaltungsintern	Verwaltungsintern
Inhalte	OnlinezugangsG eJusticeG eGovernmentG → Behördenpostfach Civento	eAkte (Pilotierung abgeschlossen) eVergabe (tw. umgesetzt) eRechnung (Rollout unterbr.) Vertragsmanagement finanzrelevante IT-Verfahren Beschlussvorlagenmanagement Smart City	Demand-Supply-Organisationsmodell, insbesondere zentral über Amt für IKT (Amt 16); zentrale IT-Einkauf; Zentralisierung im Rechenzentrum
Beschlusslage	§ 3348 v. 04.07.2013 (M 81 v. 17.05.2013)	vereinzelt (tw. un geregelt) Smart City-Vorlage im Magistrat	MB 0695 v. 24.07.2015 MB 1079 v. 09.12.2016
Betreff	E-Government-Strategie der Stadt Frankfurt am Main	-	Reformprojekt Gesamtstädtische IT-Strategie; Reform der städtischen IT und Weiterentwicklung der Gremienstruktur
Status	in Umsetzung	tw. pilotiert, tw. umgesetzt, tw. Rollout, tw. unterbrochen	tw. in Umsetzung

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **E-Akte** [Tz. 8.2.1.3, S. 198 f.]
 - **Onlineantragsverfahren bedingen eine elektronische Akte**
 - **Reformprojekt „E-Akte“ als Teil der E-Government-Strategie** (§ 3348 vom 15.06.2013 ([M 81](#)))
 - Mit § 5077 vom 25.09.2014 ([M 107](#)) wurden lediglich **weitere Mittel** im Doppelhaushalt 2015/2016 bereitgestellt
 - **Projektabschlussbericht „Pilotierung E-Akte Frankfurt“** vom 10.02.2020 (Pilotanwendungen in: 9/10, 11, 16A, 21, 25, 51, Dez. V und GPR)
 - **Organisationsverfügung des OB vom 10.07.2020:** „*Verlagerung der Aufgaben „Zentrale Schriftgutverwaltung“ und „Projekt Digitalisierung/Scannen“ in die Stabsstelle Digitalisierung*“
 - Status bzw. Umsetzung **stadtweites Rollout:**
 - das beschaffte IT-Verfahren ist **einsatzfähig**
 - **Bericht des Magistrats [B 219](#)** an die StVV vom 11.05.2020 **offenbart viele offene Punkte**

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Finanzrelevante IT-Verfahren**
 - **digitale Zahlungssysteme, Kassenautomaten, Web-Shops** [Tz. 8.2.1.4, S. 199]
 - **E-Rechnung**
 - **digitale Rechnungseingangsbearbeitung** [Tz. 8.2.1.5, S. 199 und 7.1.2.6, S. 95 f.]
 - **Bestell- und Anordnungswesen** [Tz. 7.1.2.2, S. 87 ff.,)]
 - **E-Vergabe** [Tz. 8.2.1.6, S. 199]
- **Gewährung von Zuwendungen und Zuschüssen** [Tz. 7.1.2.3, S. 87 ff.]
 - Diverse Feststellungen aus einer Querschnittsprüfung: **Muster** durch Stadtkämmerei in Erstellung
 - Dezernat V sieht **Umsetzung mittels civento** zunehmend positiv
 - Beantragung von **Sportfördermitteln**
 - **Zuwendungen im Jugend- und Sozialamt**

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Beschlussvorlagenmanagement** [grds. wie im Vorjahr (10.12.2019) berichtet]
 - **einheitliches** Vorlagenmanagement-Systeme sollte eingeführt werden, da
 - derzeit **veraltete Vorlagenmanagement-Systeme** im parallelen Betrieb
 -  im Büro der StVV (seit 2001)
 -  im Büro des Magistrats (seit 2009)
 - Weitere Vorlagenverfahren in einzelnen Dezernaten
 - **wenige IT-Schnittstellen** zwischen den Systemen, redundante Ablage
 - **langsam durch viele Medienbrüchen** (paralleler Workflow von Papier/Dateien)
 - → diverse operationelle Risiken (fehlerhafte Beschlüsse, Unwirksamkeit)
 - **Ordnungsgrundlagen** (GO der StVV, GO für den Magistrat, AGA I – 4.13 (Geschäftsgang) u. 4.9 zur Unterschriftenregelung, AGA II – 2.5 Besondere Bestimmungen) **sollten** überprüft und **aktualisiert werden**
 - sollte **Teil der gesamtstädtischen IT-Strategie** sein (werden)
 - erwartete **Vorteile**: kürzere **Durchlaufzeiten**, mehr **Transparenz**, **Kostensenkungen**, höhere **Rechtssicherheit**, unterstützt **mobiles Arbeiten**

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Vertragsmanagement** [Tz. 7.1.2.1, S. 86 f.]
 - **dringender Handlungsbedarf** für Einführung eines (zentralen/IT-gestützten) Vertragsmanagementsystems
 - zumal der Magistrat auch im JA 2019 (Ziffer 6.10.2, S. 130) erneut selbst ausführt, dass kein zentrales und stadtweites Vertragsmanagement besteht, und dass ein **Vertragscontrolling nur eingeschränkt möglich** ist, weshalb eventuelle Risiken aus bestehenden Verträgen nicht benannt werden können!
 - nur **sehr allgemeine Vorgaben zur Regelung der Wiedervorlage** in AGA I
 - **Aufgabengliederungsplan** (AGA II – Abschnitt 1.1) enthält keine klare Aufgabenzuweisung für die Bereitstellung eines (zentralen/IT-gestützten) Vertragsmanagementsystems: daher **dezentrale Organisation**
 - dezentral **verschiedenste „Lösungen“** im Einsatz
 - dezentral verschiedenen, **nicht auf einander abgestimmte Beschaffungsmaßnahmen für Vertragsmanagementsoftware**
Sinn und Zweck des „**Stellungnahmeverfahren für IT-Maßnahmen**“ (MB 1305 vom 06.12.2019)?
 - **Vertragsmanagement ist Gegenstand einer vergleichenden Prüfung**

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

■ Bau- und Liegenschaftsmanagement

- **Bedarfsgrundlagen** [Tz. 1.4.3, S. 35; Tz. 8.1.1.8, S. 184 ff.; Tz. 8.3.3.1, S. 206 ff.]
 - Kita- und Schulentwicklungsplanung
 - Raumprogramme werden nicht vor Planungsbeginn erstellt/beschlossen
- **Wirtschaftlichkeitsvergleich** [Tz. 8.3.2.3, S. 204; Tz. 8.3.3.1, S. 206 ff., Tz. 8.3.4.3]
 - überarbeitete Richtlinie nach Verzögerungen beschlossen (MB 374 v. 30.03.2020)
 - fehlen entweder vollständig oder entsprechen nicht den Anforderungen
- Die zur Prüfung vorgelegten **Beschlussvorlagen** und weiteren Unterlagen sind zum Teil unvollständig oder entsprechen nicht den Anforderungen [Tz. 8.3.3.14, S. 220 und 8.3.4.3, S. 225]
- Die im **HLM-Projekt** definierten Prozesse im Hochbau werden durch die beteiligten Ämter nicht umgesetzt
- Die **Ordnungsgrundlagen** stammen teilweise aus den 80er Jahren
Wir empfehlen dringend die Überarbeitung

Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

- **Kita-Entwicklungsplanung** [Tz. 8.1.1.8 (S. 184 ff.); Stellungnahme des Magistrats (M 162 vom 19.10.2020)]
 - Unsere **wesentlichen Beanstandungen** (Bericht der Revision Nr. 13/2018 vom 22.01.2019) wurden durch die o. g. Stellungnahme nicht widerlegt:
 - **Mängel bei der Festlegung der Versorgungsziele** z. B. entsprechen die regionalen Versorgungsziele im U3-Bereich nicht den Bedarfen in den Stadtteilen, überhöhtes Versorgungsziel im Kindergartenbereich, keine Anpassung des Versorgungsziels für Grundschulkinder
 - **Mängel bei den Prognosen**, z. B. keine stadtteilbezogene Prognose im U3-Bereich, pauschale Korrektur der Berechnungen für den Kindergarten- und Schulbereich, keine Berücksichtigung von weiteren Aspekten mit Auswirkung auf die Kinderzahl (demografische Entwicklung, Neubaugebiete etc.)
 - **Mängel bei der Ausbauplanung**, z. B. Ausbau obwohl Versorgungsziel bereits erreicht ist, kein Ausbau in unterversorgten Bereichen
- Auslastung der Kitas ist derzeit Gegenstand der **222. Vergleichenden Prüfung** des Hessischen Rechnungshofes (Haushaltsstruktur 2020: Großstädte)

Schlussberichte 2018

Stand der Entlastungsverfahren,
Bemerkungen zu städtischen
Aufgabenträgern
Ausblick und Fazit

Stand der Entlastungsverfahren

	Frist 2017	Vollzug 2017	Frist 2018	Vollzug 2018
Aufstellung JA durch Magistrat	30.04.2018	20.04.2018 M 74	30.04.2019	03.05.2019 M 64
Aufstellung Kons. GA durch Magistrat	30.09.2018	02.11.2018 M 201	30.09.2019	01.11.2019 M 179
Fertigstellung SB	-	30.04.2019	-	31.03.2020
Kenntnisnahme SB durch Magistrat	-	29.07.2019 M 99	-	08.06.2020 M 91
Kenntnisnahme SB durch StVV	-	29.08.2019 § 4496	-	03.09.2020 § 6232
M-Vortrag mit Stellungnahme	-	11.11.2019 M 194	-	19.10.2020 M 162
Erstberatung HuF	-	10.12.2019	-	(03.11.2020) 08.12.2020
Beschluss der StVV	31.12.2019	12.12.2019 	31.12.2020	10.12.2020 ?

Bemerkungen zu städtischen Aufgabenträgern

Teil IV

Bemerkungen
des Revisionsamtes
zum Beteiligungsmanagement, zu Eigenbetrieben, juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts (Gesellschaften, Verbände, Vereine), an denen die Stadt Frankfurt am Main beteiligt ist oder die Zuwendungen aus städtischen Mitteln erhalten, und zu den öffentlichen milden Stiftungen.

- Die Jahresabschlüsse 2018 von
 - HMB, SEF und KKJF fristgemäß festgestellt 
 - VHS und Kita Frankfurt leicht verspätet Anfang 2020 festgestellt 
- Verzug bei Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst:
 - SB 2018: 2015 + 2016: Anfang 2019 festgestellt 
2017 + 2018: Entwürfe der M-Vorträge zum Redaktionsschluss 
 - Aktuell: 2017 im Mai 2020 festgestellt 
2018 im Mai 2020 festgestellt 
- Prüfung und Entlastung der öffentlich-milden Stiftungen fristgemäß 
- „Allgemeine Stiftungsordnung“ (kein neuer Sachstand): 
 - Novellierung seit **1999** empfohlen
 - letzte Initiative des Magistrats in 2010/2011!
 - Stellungnahme des Magistrats ([M 194](#) vom 11.11.2019) → Stiftungsaufsicht

Bemerkungen zu städtischen Aufgabenträgern

■ Eigenkapitalverzehr bei der SWFH

- [E 72](#) vom 25.01.2019 zum HH 2019 → [§ 3734](#) vom 28.02.2019 ([Anlage 7](#))
→ **Mehr-Kosten** für ÖPNV und Schwimmbäder sowie die **Minder-Erträge** von Mainova, AVA und Fraport **trägt nun der Kernhaushalt**

2019	2020
MB 1312 vom 06.12.2019 <ul style="list-style-type: none"> • Einzahlung von 5,0 Mio. € in Kapitalrücklage (Aktivtausch) • außerordentliche Abschreibung der Einzahlung (Aktiv/Passiv-Minderung) • Ist-Verlust nur 2,8 Mio. € (Spitzabrechnung) 	MB 1329 / M 178 vom 30.10.2020 <ul style="list-style-type: none"> • Einzahlung von bis zu 78 Mio. € in Kapitalrücklage (Aktivtausch) • Berücksichtigung Spitzabrechnung 2019 von 2,2 Mio. € • für 2020 erwarteter Verlust: 30,3 Mio. €
M 45 vom 06.03.2020 <ul style="list-style-type: none"> • nur informatorisch, Kenntnisnahme durch StVV (§ 5598 vom 07.05.2020) • Bericht des Magistrats wäre ausreichend gewesen 	MB 1442 vom 04.12.2020: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021

- Sachverhalt ist im Produkthaushalt **investiv geplant** (IPG)
- **Buchungssystematik** spricht für eine **konsumtive Veranschlagung**
- Magistrat wurde durch uns zuletzt mit Stellungnahme zur Vorlage „SWFH – Wirtschaftsplan 2021“ (MB 1442 vom 04.12.2020) darauf hingewiesen

Ausblick und Fazit

- Jahresabschlussprüfungen 2019 sind abgeschlossen
- Prüfung des Konsolidierten Gesamtabschlusses 2019 begonnen
- Schlussberichte 2019 derzeit in Erstellung
- Das **Ziel**, die Beschlussfassung zu den Jahresabschlüssen zeitlich noch weiter vorzuverlegen, ist – wie einleitend dargestellt – alljährlich durch den Stellungnahmeprozess des Magistrats nicht erreicht worden!
- prüferische Begleitung von diversen begonnenen (Reform-)Projekten
- Mitwirkung beim IT-Strategierat und in Lenkungskreisen von IT-Projekten

Schlussberichte 2018

Für die Beantwortung Ihrer Fragen stehe
ich Ihnen gerne zur Verfügung!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Der Magistrat
Revisionsamt
Gutleutstraße 26
60329 Frankfurt am Main
hans-dieter.wieden.amt14@stadt-frankfurt.de
www.revisionsamt.stadt-frankfurt.de

Besuchen Sie uns auf Frankfurt.de:

